

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

30.3.1927 (No. 75)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postcheckkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. Mend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifrester Rabatt, der als Massenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wappensblätter, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Zusammenbruch des Sowjet-systems?

Propagierungen Kerenstks

Kerenstky, der Führer der russischen Menschewiki (sozialistischen Mehrheitspartei), der im Jahre 1917, nachdem er für vier Monate an der Spitze der Regierung in Rußland gestanden hatte, von den Bolschewiki gestürzt worden war und aus Rußland fliehen mußte, scheint die Zeit für gekommen zu erachten, seine Tätigkeit gegen die Sowjetregierung wieder energischer aufzunehmen. Seit einer Reihe von Jahren gibt er die Pariser russische Tageszeitung „Dni“ heraus und er hat von Paris aus Mittel und Wege gefunden, Aufklärungsschriften nach Rußland einzuschmuggeln, in denen er das Sowjetssystem bekämpft.

Jetzt hat er sich — wie aus Neuport berichtet wird — nach Amerika begeben. Offenbar fehlt es ihm an genügenden Mitteln für seine weitere Agitation, und vielleicht erwartet er im Hinblick auf die gegenwärtig in den Vereinigten Staaten bestehende Besorgnis vor einer Bolschewisierung Mittel- und Südamerikas, in Amerika eine Unterstützung seiner Absichten zu finden, so daß die für die russischen Massen bestimmte Propaganda nachdrücklich weiterbetrieben werden kann.

Ein anderes Eingreifen in die russischen Angelegenheiten hält Kerenstky nicht für ratsam, denn er meint, der Sturz des Sowjetregimes könne nur aus dem russischen Volke selbst kommen. Diesen Sturz glaubt er um so mehr als sicher voraussetzen zu können, als nach seiner Ansicht die große Krise für die Sowjetregierung durch die wirtschaftlichen Notwendigkeiten zwangsmäßig immer näher gerückt werde.

Die Sowjetregierung habe, seit sie an die Macht sei, die russischen Ölquellen erschöpft und den Reichtum Rußlands, mindestens 10 Milliarden Rubel, aufgebraucht. Rußland bedürfe Kapital und Maschinen. Beides könne es unter dem gegenwärtigen System nicht bekommen.

Die angebliche Wirtschaftsbüchse Rußlands sei eine Täuschung, denn Arbeiter wie Bauern befänden sich in schmerzlicher Lage denn je. Zwei Millionen seien in den Industrien arbeitslos und 16 Millionen Bauern könnten ihren Lebensunterhalt aus der Bewirtschaftung ihres Landes nicht bestreiten, weil sie in zunehmendem Maße nach den Städten strömten.

Für die Arbeiter seien die Zustände durch unzureichende Löhne und verfehltes „Schwitsystem“ nicht anders als unter dem Kapitalismus übelster Art von früher. Die angebliche Gleichheit und Freiheit des einzelnen sei nicht vorhanden und die Arbeiter fingen an, einzusehen, daß sie getäuscht worden seien. Die Bauern seien unzufrieden, weil sie nicht die für die Landwirtschaft nötigen Maschinen kaufen könnten. Sie hätten nun zwar Land, aber sie vermöchten es nicht zu bebauen und zu bearbeiten.

Auch in der Industrie fehle es an Maschinen und die Leistungsfähigkeit sei hier noch immer um 20 Prozent hinter dem Stande von 1913.

Rußlands Rettung liege in der Freiheit für Handel und Industrie, in der freien Ausübung des persönlichen Unternehmungsgeistes, denn die gegenwärtigen Zustände bewiesen es aufs neue, daß eine Kontrolle von Handel und Industrie durch eine Regierung niemals Erfolg haben könne.

Kerenstky erklärte, man solle sich durch die augenblicklich in Rußland herrschende Ruhe nicht täuschen lassen, er halte sie für die Ruhe vor dem Sturm, der aus den Arbeiter- und Bauernkreisen kommen werde.

Keine Rückkehr des früheren Kaisers. Die „Hamb. Nachr.“ veröffentlicht eine Mitteilung des Leiters des International News Service, der auf Grund seines Besuchs in Doorn die Gerüchte über Rückkehrabsichten des ehemaligen Kaisers auf das bestimmteste dementiert.

Unfallversicherung für Schüler. Infolge der immer mehr zunehmenden Unfälle, denen die Schüler auf dem Wege zur Schule ausgesetzt sind, hat, wie das „B. L.“ aus Dresden berichtet, das sächsische Kultusministerium angeordnet, jeden Schüler einer höheren Schule auf Kosten des Unterhaltspflichtigen gegen Unfälle, die mit der Schule im Zusammenhang stehen, zu versichern. Die Durchführung der Versicherung übernehmen die Gemeinde-Versicherungsverbände. Die Teilnahme für alle Schüler der staatlichen Schulen ist vom 1. April ab verbindlich.

Der Chefredakteur der Kattowiger Korfantk-Zeitung überfallen. Einer Meldung des „Berl. Volant.“ aus Warschau zufolge, wurde in Kattowitz auf der Gleiwitzerstraße der Chefredakteur der Korfantk gehörigen Zeitung „Polonia“ von vier jungen Leuten überfallen und mit Knüppeln so verprügelt, daß er bewußtlos zusammenbrach. Polizeimannschaften gelang es, die vier Täter festzunehmen. Es sind Mitglieder des ausländischen Verbandes, dem auch der sächsische Botschafter angehört.

Berufswahl und Berufsausbildung

Seitdem in Deutschland die Zahl der Erwerbstätigen um viele Hunderttausende größer geworden ist als die der vorhandenen Arbeitsstellen, spielt die Berufswahl für die heranwachsende Generation eine noch viel größere Rolle als früher. Die Erwerbslosigkeit, die Hauptursache der wirtschaftlichen Not unserer Zeit, verteilt sich keineswegs gleichmäßig auf die verschiedenen Berufe. Es gibt immer noch Berufszweige genug, in denen Mangel an Arbeitskräften herrscht, während in anderen ein solcher Überfluß vorhanden ist, daß ein großer Teil der Berufsangehörigen nicht beschäftigt werden kann und daher aus öffentlichen Mitteln notdürftig erhalten werden muß. Dabei zeigt sich, daß vor allem die ungelerten Berufe, das heißt diejenigen, die zu ihrer Ausübung keinerlei oder nur ein geringes Maß von Ausbildung und Fertigkeit erfordern, die größte Arbeitslosigkeit haben, während in den gelerten Berufen immerhin das Überangebot an Arbeitskräften im allgemeinen nicht so groß ist. Ausnahmen bestätigen natürlich nur die Regel. Es gibt gewiß auch eine Reihe von Berufen, die große Anforderungen an Ausbildung stellen und trotzdem außerordentlich überfüllt sind. Gerade hier wird es Aufgabe der Berufsberatung sein müssen, dafür zu sorgen, daß der Zustrom zu diesen Berufszweigen nachläßt und dafür nach anderen abgeleitet wird, in denen entweder Nachfrage oder jedenfalls kein Überfluß an Arbeitskräften vorhanden ist.

Sieht man jedoch hierüber ab, so ist zweifellos in erster Linie die Förderung der beruflichen Ausbildung der Jugend geeignet, die Verteilung der Erwerbstätigen auf die einzelnen Berufe richtig zu regeln und dadurch die Erwerbslosigkeit zu mildern. Als Regel kann man aufstellen, daß je besser die Berufsausbildung des einzelnen ist, desto günstiger sich auch seine Berufsaussichten gestalten. Damit soll natürlich nicht etwa der Heranbildung eines gelehrten oder technischen oder überhaupt eines höher gebildeten Proletariats das Wort geredet werden. Gerade in den sogenannten „fudierten“ Berufen ist das Überangebot häufig so groß und die Bezahlung so schlecht, daß die fortwährende Ausbildung sich keineswegs bezahlt macht. Das gilt zum Teil auch für praktische Berufe, z. B. für die Ingenieurlaufbahn, die im allgemeinen als erheblich überfüllt gilt, insbesondere nachdem die Nachfrage des Auslandes nach deutschen Ingenieuren abgenommen hat und Deutschen die Tätigkeit im Auslande vielfach erschwert wird. Aber im ganzen kann man doch sagen, daß Wissen und Können geeignet ist, das Fortkommen zu fördern und sich nur in seltenen Fällen als ein Hemmnis erweist, nämlich dann, wenn es höhere Ansprüche weckt, die nicht immer erfüllt werden können.

Dabei soll man freilich nicht in erster Linie die Schulbildung im Auge haben, sondern die berufliche Fertigkeit. Der qualifizierte Arbeiter wird dem ungelerten immer um vieles voraus sein. Die Arbeitsmarktsstatistik zeigt denn auch, daß die Erwerbslosenziffern bei den ungelerten Berufen meist ungeheuer viel größer sind als bei den gelehrten. Allerdings gibt es unter diesen manche, die durch die wirtschaftliche oder technische Entwicklung gewissermaßen ausichtslos geworden sind oder an Berufsaussicht jedenfalls fast eingebüßt haben. Darum ist es Aufgabe einer guten Berufsberatung, die Berufsaussichten auf den einzelnen Gebieten genau zu verfolgen und die zu Beratenden entsprechend genau zu unterrichten. Die erfolgreiche Durchführung dieser Aufgabe ist aus verschiedenen Gründen nicht ganz leicht. Vor allem kann auch der Berufsberater nicht in die Zukunft blicken, und es werden sich manchmal wirtschaftliche und technische Umstellungen geltend machen, die noch kurz vorher nicht einmal geahnt, geschweige denn in ihren Auswirkungen auf die Berufsaussichten übersehen werden konnten.

Die Aufgabe des Berufsberaters ist also gewiß schwierig und verantwortungsvoll. Sie wird auch nicht immer die Erfolge zeitigen können, die man von ihr erwartet. Trotzdem ist die Tätigkeit des Berufsberaters für die Wirtschaft heute außerordentlich wichtig, wenn es ihr gelingt, auch nur einen Teil der heranwachsenden Jugend in die volkswirtschaftlich richtigen und notwendigen Bahnen zu leiten.

Das Frankreich zugesandene Weinkontingent. In einer Versammlung des Pfälzer Bauernbundes ist dagegen Einspruch erhoben worden, daß bei den gegenwärtig schwebenden deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen Frankreich ein Weinkontingent von 130 000 Hektoliter gegeben wird. Dazu wird aus Berlin mitgeteilt, daß ein Kontingent in dieser Höhe nie in Frage gekommen ist. Das Kontingent wird, falls es zu einer Einigung über noch schwebende andere Fragen kommt, nicht 130 000 Hektoliter, sondern nur 70 000 Doppelzentner betragen, was ungefähr 60 000 Hektoliter entspricht.

Neue Kämpfe in Spanisch-Marokko. Aus Spanisch-Marokko werden neue Kämpfe gemeldet. Eine Vorhut von 400 Mann, die einem kleinen Eingeborenenposten bei Tabena zu Hilfe eilte, hatte erhebliche Verluste, vermochte aber ihren Auftrag, die Aufständischen von der Straße nach dem Innern der spanischen Zone abzuschneiden, auszuführen. Primo de Rivera erklärte, daß die Operationen einen größeren Umfang annehmen würden. Eine Zusammenkunft der spanischen und französischen Truppen in Marokko wäre geplant.

Unruhen in Singapur. Wie Reuters aus Singapur meldet, sind die Behörden wegen der Unruhestörungen, die vor 14 Tagen anlässlich der Gedächtnisfeier für Sun Yatzen begannen und die sich jetzt zu einem Boykott der Omnibusse und Angriffe auf Omnibusse und Polizei entwickelt haben. Die Gerichte verhängen schwere Strafen über die verhafteten Chinesen. Montagabend kam es zu einem Zusammenstoß, bei dem die Polizei Verhaftungen vornahm. Truppen stehen für den Notfall in Bereitschaft.

Das Deutsche Hygienemuseum Dresden

Zentralinstitut für Volksgesundheitspflege

Aus Anlaß der nun erfolgten Eröffnung der Hygiene-Ausstellung zu Karlsruhe, welche vom Deutschen Hygienemuseum zu Dresden mit Unterstützung der Stadt Karlsruhe und im Benehmen mit der Badischen Gesellschaft für soziale Hygiene sowie dem Verkehrsverein Karlsruhe veranstaltet wird, sei einiges aus der Entwicklung des genannten Hygiene-Museums mitgeteilt.

Das Deutsche Hygienemuseum ist aus der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1911 hervorgegangen. Die dem Museum zu Gemende liegende Planung stammt von dem Dresdner Großindustriellen Wirklichen Geheimen Rat Dr. med. h. c. Lingner, der sein Lebenswerk mit der Schöpfung einer solchen neuartigen Volkshilfsanstalt krönen wollte. Auf dem Wege zur Verwirklichung dieser Absicht sollte die Hygiene-Ausstellung eine Vorstufe sein.

Als diese denkwürdige Weltchau der Gesundheitspflege in den Novembertagen des Jahres 1911 zu Ende ging, wurden in Fach- und Laienkreisen Stimmen laut, die Einspruch dagegen erhoben, daß das wertvolle Anschauungs- und Unterrichts-material wieder in alle Winde zerstreut würde. Man verlangte vielmehr, daß die Schätze der Ausstellung dauernd für die Belehrung aller Schichten der Bevölkerung nutzbar gemacht werden möchten.

Diesem Wunsche konnte zunächst nicht entsprochen werden, da es an den für eine dauernde Ausstellung der Sammlungsgegenstände geeigneten Räume fehlte. Nachdem aber in der Öffentlichkeit die Teilnahme für die Art gesundheitslicher Volksaufklärung, wie sie die Ausstellung geübt hatte, einmal erweckt war, kam das Verlangen nach einer auf der gleichen Grundlage zu schaffenden bleibenden Bildungsstätte nicht zur Ruhe.

Da nach der Kriegsende alle Hoffnungen auf eine baldige Eröffnung des Museums zunichte. Als dann der gemalte Lingner einem schweren Leiden zum Opfer fiel, schien es eine Zeit lang, als ob das so verheißungsvoll begonnene Unternehmen scheitern sollte. Der innere Wert des Planes, seine feste Grundlage und nicht zum wenigsten die großzügige, über den Tod hinausreichende Fürsorge seines Begründers, durch die für die Weiterführung beträchtliche Mittel zur Verfügung standen, verhinderten den Zusammenbruch. Es fanden sich Persönlichkeiten, die das Steuer tatkräftig ergrieffen und an gefährlichen Klippen vorbei in ruhigerem Fahrwasser lenkten. Trotz der überatöhen Schwierigkeiten hat die geschäftliche und wissenschaftliche Leitung nicht versagt; es ist gelungen, die ganze Kriegszeit hindurch den Betrieb aufrecht zu erhalten und den inneren und äußeren Ausbau des Unternehmens wirksam zu fördern. Heute, nach weit größeren Schwierigkeiten entstanden in der Nachkriegszeit und in der Zeit der Inflation. Die fortschreitende Geldentwertung die den leistungswilligen von Dr. Lingner dem Museum vermachenden Betrag vollständig entwertete, führten zu einschneidenden Sparmaßnahmen. Die Akteure und Werkstätten der völkertundlichen und geschäftlichen Abteilung mußten vereinnigt und schließlich vollständig stillgelegt werden. Nur für wenige Qualitätsarbeiter war eine Übernahme in die Hauptwerkstätten möglich.

Die Fortschritte in der Museumarbeit nehmen in gleichem Maße, wie das durch den Krieg und die Nachkriegszeit ersichtliche öffentliche Leben gesunken, günstigen Fortgang. Es besteht somit begründete Hoffnung, daß die von vielen so heiß ersehnte Bildungsstätte für gesundheitsliche Volksaufklärung in den nächsten Jahren der allgemeinen Benutzung übergeben werden kann.

Das Deutsche Hygienemuseum war in den ersten Jahren seines Bestehens wenig an die Öffentlichkeit getreten, so wenig, daß selbst viele Dresdener von seinem Vorhandensein kaum etwas wußten. Es hatte das seinen Grund darin, daß dem Unternehmen durch Vereinbarungen Dr. Lingners mit der Stadt Dresden die Verpflichtung auferlegt war, zugunsten ruhiger und gesammelter, aufbauender Arbeit bis zur Eröffnung auf eine Betätigung nach außen hin zu verzichten. Da aber die allgemeinen Verhältnisse besonders nach dem Ausgang des Krieges eine weitgehende gesundheitsliche Aufklärung gebieterisch forderten, wurde diese Beschränkung fallen gelassen. Das Museum hat dann im Jahre 1919 begonnen, die wichtigsten Teilgebiete der Hygiene in Wanderausstellungen zu behandeln, die fast ganz Deutschland besucht haben. Den notwendigsten Aufgaben gemäß waren das zunächst Ausstellungen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und der Tuberkulose, sowie Ausstellungen für Säuglingspflege verbunden mit Mutterkuren. Das Interesse an diesen Ausstellungen war ein sehr großes, haben doch bis Ende 1924 in über 300 Städten weit über 3 Millionen Besucher diese Ausstellungen besichtigt. Ganz besonderes Interesse wurde aber der Ausstellung „Der Mensch“ entgegengebracht, und die Museumsleitung entschloß sich darum auch, ausgewählte Gruppen aus dieser Sammlung wandern zu lassen. Hierbei konnte auch den Wünschen verschiedener ausländischer Staaten und Städte entsprochen werden, um so mehr als man die Möglichkeit hatte, dem Auslande zu zeigen, was deutsche Kultur bedeutet. So wurden Ausstellungen in einer Anzahl Städte der Schweiz, in Amsterdam, in Niga, Neval, Göteborg und Kopenhagen veranstaltet. Der Erfolg war im Auslande besonders groß und zeigt sich heute in vielen Anfragen und Besuchen ausländischer Regierungsvertreter und Wissenschaftler im Museum. Es kam zu Aufträgen für Rumänien, Cuba, und auch in Gelsingfors ist die Einweihung eines Museums für Arbeitshygiene unter wesentlicher Mitarbeit des Museums erfolgt.

Die Hygiene-Sektion des Völkerbundes hatte das Museum herangezogen, um für ärztliche Fortbildungskurse, die in

Warschau, Moskau und Charkow eingerichtet wurden, Anfahrungsmaterial zu entwerfen und in den Museen-Werkstätten herzustellen.

Im Frühjahr 1926 fand in Wien eine Hygiene-Ausstellung statt, an der das Museum führend beteiligt war. Bei dieser Gelegenheit wurden neue Verfahren und neubearbeitete Gruppen gezeigt, gleichzeitig als ein Beweis, daß die Entwicklung der Technik der Darstellungen weiter gute Fortschritte gemacht hat.

Im Jahre 1926 wurde in Düsseldorf eine Ausstellung „Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Leibesübungen“ größten Umfangs veranstaltet, bei deren Organisation das Museum ebenfalls beteiligt war und deren wissenschaftliche Gruppen zum weitaus größten Teil vom Hygiene-Museum gestellt wurden.

Die Ausstellung, die jetzt in Karlsruhe zu sehen ist, wurde im Januar d. J. in Leipzig gezeigt; sie wurde dort von 16 000 Personen besucht. Diejenigen, welche die Gefolge gesehen haben, werden gewiß gerne hier große Teile, die dort zum Besonderen gehörten, noch einmal besichtigen wollen; denjenigen die 1926 nicht in Düsseldorf sein konnten, werden jetzt in Karlsruhe die wichtigsten Stücke der Gefolge geboten.

Deutscher Reichstag

W.D. Berlin, 29. März.

Der Notetat wird ohne Aussprache in erster und zweiter Lesung angenommen. — Darauf wird die zweite Lesung des Wehretats fortgesetzt.

Abg. Dr. Sredt (B. Bgg.) betont die Bedeutung des alten Heeres als Erziehungsfaktor. Überraschend sei es, daß so wenige von denen, die die Gefilde Deutschlands nach dem Kriege geleitet haben, Kriegsteilnehmer gewesen sind. Wenn man die Reichswehr populär machen wolle, dann stoße man nicht die eine Hälfte des ganzen Volkes darant vor den Kopf, wie es General Reinhardt getan habe. (Minister Dr. Gessler: Es war sehr ungeschickt.) Der Minister mühte über den Offiziersersatz persönlich nach. (Minister Dr. Gessler: Das tue ich.)

Abg. Voigt (B. Vpt.): Was der Wehretat enthalte, sei geradezu ausreichend, kein Mensch wolle doch die Heeresstärke vermindern. Im Volk merke man nichts von einem Mißtrauen gegen die Reichswehr. Dieses Mißtrauen werde künstlich geschürt.

Abg. Henning (Wält.) ist damit einverstanden, daß Deutschland sich wenigstens in dem in Versailles gezogenen Rahmen eine kleiner Wehrmacht schafft, statt sich wehrlos jedem kleinen Nachbarn, wie Polen zu fügen. Solange der Munitionsbestand nur zu 50 Proz. vorhanden sei, könne nicht ein Pfennig an diesem Etat gestrichen werden.

Abg. Graf zu Reventlow (N. Soz.) fordert nationale Gefinnung als Vorbedingung für die Einstellung in die Reichswehr.

Abg. Dr. Leber (Soz.) ist der Meinung, daß schon ein fünfzig guter Wille erhebliche Ersparnisse ermöglichen würde.

Reichswehrminister Dr. Gessler: England hat große Munitionsbestände nach dem Kriege von Amerika übernommen. Wir dagegen haben unsere Bestände zerstören müssen. So gar Halbfabrikate haben wir im Werte von einer halben Milliarde vernichten müssen (Hört, hört! rechts). Wir haben also keinerlei Reserven. Bis 1926 haben wir auch keine Munition anfertigen dürfen. Während die Kriegsindustrie der anderen Länder auch für das Ausland arbeitet und ihre Fabrikationsmöglichkeiten voll ausnützt, darf unsere Industrie nicht exportieren. Unsere Verträge mit den Fabrikanten sichern uns Budgetkontrolle und Einfluß auf die Kalkulation. Die Gewehrpreise haben wir ja bereits gedrückt. Ferner verbietet man uns die Verwendung blinder Übungsmunition. Wir haben uns allerdings bemüht, der Landwirtschaft anständige Preise für Pferde zu zahlen, um die herabgekommene Frucht nach dem Kriege wieder in die Höhe zu bringen. Die Zahl der Stabsoffiziere ist nicht größer als die der Leutnants. Man muß ferner bedenken, daß wir früher große Offiziersreserven hatten, aus denen Verluste im Ernstfall ersetzt werden konnten. Heute können wir wohl Leutnants und Oberleutnants aus dem Unteroffiziersstand ersetzen. Für die Stabsoffiziere müssen wir die Reserve aber schon entschieden haben. Über 10 Prozent streichen kann man in einem Etat wie dem meinigen nicht. Wenn es nicht mehr möglich ist, die Mittel dafür aufzubringen, so wolle der Reichstag beschließen: Wir wollen nicht 100 000 Mann, sondern bloß 80 000 Mann.

Abg. Dr. Schreiber (B.): Zufriedenheit und Interesse am Dienste ist abhängig davon, daß die Versorgung nach der Dienstentlassung gesichert erscheint. Wir begrüßen deshalb die Fachschulen der Reichswehr zur Ausbildung von Beamten, Kaufleuten und Handwerkern. Außer dem landwirtschaftlichen Unterricht muß den aus der Reichswehr Scheidenden auch Siedlungsmöglichkeit geboten werden. Wir würden es aufs schärfste verurteilen, wenn etwa eine Legitimationskarte von irgendwelchen vaterländischen Verbänden für die Anstellung als Schulleiter verlangt würde.

Abg. Hünneburg (Dem.) weist darauf hin, daß beim Innenministerium sogar 20 Proz. gestrichen worden seien. Ohne die Schlagkraft des Heeres zu mindern, könne man sparen am Pferdetat, an der aufgeschätzten Verwaltung, an den Waffenpreisen usw. Die Garnisonen könnten stärker zusammengelegt werden. Der Redner erklärt dann weiter, daß die Militäranwärter nicht unterzubringen seien. Die beiden neuen Admirale könne man nicht bewilligen.

Abg. Schmidt-Hannover (Dn.): Eine Herabsetzung des Pferdematrals sei gleichbedeutend mit der Verminderung der Kavallerie. Deutschland brauche den Schutz der Wehr.

Abg. Weddermeyer (Komm.): 110 Kapellen müsse die Reichswehr haben, damit der Kam-Tam die Arbeiter schreie (Zurufe: Und Sie sind die große Kaufe. Heiterkeit).

Darauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr vertagt. Außerdem 3. Lesung des Notetats und des Finanzhaushalts.

Die Wologa. Das Reichskabinett beschäftigte sich am Montag mit der Frage der Wologa-Kredite. Die Frist zur Verständigung über eine Reihe von Vorbedingungen läuft am 31. März ab. Nach dem Stand der Dinge dürfte eine Liquidation der Wologa kaum zu vermeiden sein. Die Wfa kam im Kabinett nicht zur Sprache.

Das Reichsschulgesetz. Wie das „Berl. Tzbl.“ erfahren haben will, beabsichtigt Reichsminister des Innern von Kumbel, unmittelbar nach den Osterferien dem Reichstag den Entwurf für das neue Reichsschulgesetz vorzulegen. In Kreisen der Regierungsparteien nimmt man an, daß das Gesetz noch vor Beginn der Sommerferien verabschiedet werden kann.

Bischofswahl in Rottenburg. Kapitularvikar Dr. Sproll wurde zum Bischof von Rottenburg gewählt.

Aus den Reichstagsausschüssen

Im Haushaltsausschuss

wurde am Dienstag die Aussprache über die allgemeine Finanzverwaltung fortgesetzt.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) erklärte, daß das Ergebnis der Reinhold'schen Wirtschaft lange nicht so schlecht war, wie es hingestellt wurde. Insgesamt seien noch Reserven von 600 Millionen Mark vorhanden. Die Beamtenbefolgungsaufbesserung könne bei einigermaßen günstiger Entwicklung der Wirtschaft aufgebracht werden. Es sei aber auch gleichzeitig eine Besserstellung der Kriegsbeschädigten notwendig.

Staatssekretär Kopsch bejammerte die Rückstände ab 1. Jan. 1927 an Besitz- und Verkehrssteuern einschließlich der Umsatzsteuer auf insgesamt 553 Millionen M. Die Rückstände aus den Einkommensteuern von 40 Millionen M. müßten zum größten Teil als verloren gelten.

Abg. Dr. Pfleger (B. Vpt.) wünscht bei Einziehung der Steuerrückgänge weitestgehende Schonung der mittleren und kleineren Existenzen. Er fordert Bereitstellung weiterer Mittel im nächsten Etat für die wirtschaftlich und kulturell bedrängten Grenzgebiete.

In der Abstimmung wurden die Staatsansätze für die Einnahmen aus Einkommensteuer auf 2 620 Millionen RM. und an Körperschaftsteuer auf 400 Millionen RM. erhöht. Weiter wurden neu eingelegt: 190 Millionen aus der Rücklage zur Verstärkung der Betriebsmittel der Reichshauptkasse und 200 Millionen aus Überschüssen des Rechnungsjahres 1926. Bei den Ausgaben wurde der Ansatz auf die Überweisungen aus Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer an die Länder auf 2600 Millionen RM. erhöht. Ebenso wurden die Überweisungen an die Länder aus der Biersteuer auf 70 Millionen 700 000 RM. erhöht.

Es wurde dann vom Abg. Torsler (Komm.) beantragt, für die Beamten den Zuschlag zum Grundgehalt zu erhöhen. — Der Antrag wurde mit 14 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Bewilligt wurden zur Unterstützung allgemeiner Fürsorgeeinrichtungen 2 Millionen M. Die Staatsposition zur Förderung von Anstalten und Einrichtung der privaten Wohlfahrtspflege wurde von 2 1/2 Millionen auf 2 Millionen M. herabgesetzt. — Angenommen wurde eine Entschärfung, die dringenden Bedürfnisse der freien Wohlfahrtspflege erneut zu prüfen und gegebenenfalls im Nachtragshaushalt eine angemessene Erhöhung anzufordern.

Alsdann wurde der Etat der allgemeinen Finanzverwaltung verabschiedet.

Der Gemeinderichtsausschuss

begann am heutigen Mittwoch mit der Untersuchung der Vorkommnisse in der Schwarzen Reichswehr. Berichterstatter Abg. Dr. Lewi (Soz.) verlas Akten über die Schwarze Reichswehr. Er schildert zunächst die Vorgänge in den ober-schlesischen Kameradschaften im Jahre 1923, bei denen ein „Kameradengericht“ im Jahre 1923 einen Leutnant Krüger wegen Meuterei zum Tode verurteilte. Das Urteil ist nicht vollstreckt worden. Die ordentlichen Gerichte haben später ein Einschreiten abgelehnt, weil die Kameradschaften unter dem Kriegszustand gebildet waren und ihre Mitglieder unter die Amnestie fielen. In der Schwarzen Reichswehr gab es später ähnliche Vorkommnisse. Bei den Prozessen wegen dieser Angelegenheiten, namentlich bei dem Prozeß Kroschka, erklärten die Mitglieder stets, sie hätten im Einverständnis mit amtlichen Stellen gehandelt.

Spartassen und Spartätigkeit

Die Anspannung von Spareinlagen ist in den letzten Monaten noch bedeutend angewachsen, nachdem bereits in den Jahren 1925 und 1926 die Spartätigkeit ein sehr reges Tempo angenommen hatte. Die vom Statistischen Reichsamt herausgegebene Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlicht im Februarheft interessante Zahlenangaben über die Entwicklung der Spartätigkeit in Deutschland. Im Durchschnitt der Jahre 1900 bis 1924 betrug der Spareinlagenüberschuss (das heißt der Überschuss der Einzahlungen über die Auszahlungen) jährlich 376,2 Millionen Mark. Er stieg im Jahre 1924 auf 535,3 Millionen Mark, im Jahre 1925 auf 1021 Millionen Mark (einschl. Zinsen) und im Jahre 1926 auf 1461 Millionen Mark, wovon vielleicht 100 Millionen Mark Zuschlag von Zinsen darstellten.

Bei diesem Anwachsen der Spareinlagen ist zu berücksichtigen, daß die Wirtschaftskontunktur des Jahres 1926 von einer Depression beherrscht war, die brachliegende Gelder vielfach den Spartassen zugeführt hat. Die Verringerung der Sparmöglichkeit, die aus der Senkung des Lohneinkommens und des Beschäftigungsgrades erwachsen mußte, ist durch die Steigerung des Sparwillens mehr als ausgeglichen worden. Außerdem hielt auch 1926 die strukturelle Entwicklung der Spareinlagen, wie sie schon in den Vorjahren zu verzeichnen war, an, das heißt, der Einlagenüberschuss des Jahres 1926 stellt nicht in vollem Umfange eine Kapitalneubildung, sondern Umwandlungen anderer Kapitalanlagen in Spareinlagen dar. Maßgebend für den Zufluß von Spareinlagen war z. B., daß der Erlös aus Aufwertungshypothesen, die bei Reubeileihung der Grundstücke zumeist abgelöst werden mußten, in den Spartassen Anlage fand. Auch die Giro-, Spark- und Kontokorrenteinlagen bei den Spartassen haben eine weitere Erhöhung erfahren. Es dürfte sich hier hauptsächlich um die durch die Wirtschaftsdpression freigewordenen Betriebsmittel der kleinen Gewerbetreibenden handeln, teilweise aber auch um die flüssigen Mittel der Gemeinden, die aus den zahlreichen Inlands- und Auslandsanleihen gewonnen worden sind.

Was die einzelnen Länder und Provinzen anbetrifft, so ist der Einlagenbestand der Spartassen am höchsten in der Rheinprovinz, wo der Spareinlagenbestand allein 537 Millionen Mark beträgt. An zweiter Stelle steht Westfalen mit 338 Millionen Mark. Es folgen dann Hannover und Bayern. In Berlin beträgt der Einlagenbestand 120 Millionen Mark.

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Das jetzige Zusatzabkommen soll am 11. April in Kraft treten und bis 31. Juli laufen.

W. v. Molo in der Oberprüfstelle für Schund und Schmutz. Wie die Berliner Blätter melden, hat der Reichsinnenminister den Dichter Walter v. Molo, einen der schärfsten Gegner des Schund- und Schmutzgesetzes, zum Weisfühder in der Oberprüfstelle für Schund- und Schmutzbücher ernannt. v. Molo hat die Berufung angenommen.

Streikbeschluss der Frankenthaler Metallarbeiter. Die Generalversammlung der Frankenthaler Metallarbeiter beschloß, ihre Kündigung sofort einzureichen und am 1. April in den Streik zu treten, an dem insgesamt etwa 3500 Arbeiter beteiligt sind. Die Schlichtungsverhandlungen sind gescheitert. Wie verlautet, soll die Möglichkeit bestehen, daß der Streikbeschluss der Frankenthaler Metallarbeiter auch auf die Gattung der badischen Metallarbeiter einen bestimmenden Einfluß gewinnt.

Kurze Nachrichten

Der Schweizer Ständerat hat die halbfründliche Verlängerung der Arbeitszeit für einen Teil des Verkehrspersonals angenommen.

Der litauische Terror im Memelland. Dem verdienstvollen Leiter des Schulwesens im Kreise Heydekrug, Schulrat Meyer, ist vom Direktorium des Memelgebietes der Dienst zum 1. Mai cr. gekündigt worden, weil Meyer, der Mitglied des Memelländischen Landtages war, „unwahre Behauptungen aufgestellt habe, die geeignet seien, das Ansehen der Regierung herabzuwürdigen.“ Um welche Behauptungen es sich handelt, wird nicht angegeben.

Die Militärkontrolle in Ungarn wird nach einem Beschluss der Botschafterkonferenz Ende März aufgehoben.

Ergebnislose Lohnverhandlungen im französischen Steinkohlenbergbau. Die in Douai stattgefundenen Verhandlungen von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Steinkohlenbergwerke der Departements Nord, Pas de Calais und Auzin über die Frage der Lohnherabsetzung sind ergebnislos verlaufen. Die von den Arbeitgebervertretern vorgeschlagene 10prozentige Lohnherabsetzung wurde von den Vertretern der Bergarbeitergewerkschaften abgelehnt.

Badischer Teil

Badischer Landtag

21. Sitzung

DJ. Karlsruhe, den 30. März.

Den Vorsitz führte heute wieder Präsident Dr. Baumgartner.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantwortet Obermedizinalrat Dr. Römer eine kurze Anfrage der Frauenabgeordneten über

den Vollzug des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Die Prüfung über die Durchführung dieses Reichsgesetzes ist im Ministerium des Innern noch nicht abgeschlossen. Es steht daher auch noch nicht fest, welche Behörden mit den aus dem Gesetz sich ergebenden Obliegenheiten betraut werden sollen. Vor Erlassung der Ausführungsbestimmungen sollen die beteiligten Kreise zu dem Entwurf gehört werden. Die Referierung der Provisurien wird zum 1. Oktober aufgehoben.

Zur Beratung steht sodann

das Kirchenvermögensgesetz

worüber der Abg. Dr. Glöckner (Dem.) einen umfassenden schriftlichen Bericht erstattet hat, den er heute in großen Zügen wiedergibt. Über den Gang der Ausschussverhandlungen sind die Leser bereits unterrichtet. Kernpunkt der Vorlage ist der § 1, der in der Ausschussfassung lautet: „Jede Religionsgemeinschaft ordnet ihre Vermögensangelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes durch eigene Satzung und verwaltet sie nach Maßgabe dieser Satzung.“

§ 2 besagt: Die Satzung darf nicht in Widerspruch mit Reichs- und Landesrecht im Sinne des Artikels 137 der Reichsverfassung stehen.

§ 6 gibt dem Ministerium des Kultus und Unterrichts das Recht, Widersprüche gegen Reichs- und Landesrecht im Sinne des Artikels 137 RM. bei der Vermögensverwaltung zu beanstanden.

§ 9 bestimmt: Die Vorschriften einer kirchlichen Satzung gelten solange fort, bis sie die Religionsgesellschaft geändert hat. Im übrigen bleibt es bei der Fassung der Regierungsvorlage.

Der Ausschuss kommt mit 11 gegen 1 Stimme (Komm.) bei Enthaltung (B. Vpt.) zu dem Antrage auf Annahme des Gesetzes, das nach Ansicht der Mehrheit kein verfassungsänderndes sei.

Abg. Dr. Döhrner (B. Vpt.) ist der Auffassung, daß es dieses Gesetzes eigentlich nicht bedürft hätte, da schon das Kirchengesetz von 1860 die Vermögensverwaltung im gleichen Sinne regelt, also nichts anderes sage als der Artikel 137 der Reichsverfassung. Dieses Gesetz sei ein musterergültiger Versuch gewesen, das Verhältnis zwischen Staat und Kirche auf gesetzlichem Wege zu regeln. (Zuruf beim Zentrum: Ein böser Versuch!). Beide Kirchen seien dabei ganz gut gefahren. § 10 enthält allerdings eine erhebliche Einschränkung durch die Staatsaufsicht. Im heutigen Gesetz wird dieser § 10 aufgehoben und ein kümmerlicher Rest der Staatsaufsicht beibehalten. Das Gesetz habe deshalb einen verfassungsändernden Charakter. Der Redner vertritt den Standpunkt, daß der Staat seine Machtvollkommenheit nicht aufgeben dürfe. Dies wäre die völlige Trennung von Staat und Kirche, was aber zur Voraussetzung hätte, daß die Kirchen auch finanziell unabhängig sind. Man könne vom Staat nicht verlangen, daß er nur zahlen und im übrigen machlos sei. Die katholische Kirche mache zwar Rechtsansprüche geltend. Aber so sicher und unanfechtbar scheinen die Rechtstitel nicht zu sein, wie es das Zentrum darstelle. So schlecht seien auch die Finanzen der kath. Kirche nicht; denn überall erwerbe sie große Besitztümer. (Widerspruch im Zentrum). Redner fortfahrend: Man sehe sich nur in Freiburg um. (Zuruf des Abg. Seubert: Ordensgesellschaften sind doch nicht die Kirche.) Der Redner geht dann auf die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes ein. Er beantragt Wiederherstellung des Regierungsentwurfes in § 1, Absatz 1, wonach jede Religionsgesellschaft berechtigt ist zur selbständigen Ordnung und Verwaltung ihrer Vermögensangelegenheiten. Ferner sollen die §§ 2-5 für den Erlaß der Satzung und die spätere Änderung derselben maßgebend sein.

Zu § 6, Absatz 1, beantragt die Volkspartei folgende Fassung:

„Das Ministerium des Kultus und Unterrichts ist berechtigt in die kirchliche Vermögensverwaltung Einsicht zu nehmen, Widersprüche gegen Reichs- und Landesrecht im Sinne § 137 RM. zu beanstanden usw.“

Damit wolle man keine Konflikte schaffen, vielmehr verhindern, daß Konfliktstoff entstehe. Wöllig unhaltbar und unendlich sei die Auffassung, daß nach Erlaß der Satzung jede staatliche Kompetenz aufhören soll. Um keine Kompromittierung zu zeugen, hält er der Redner für richtig, daß nicht das ganze Problem aufgerollt wird und die Vorlage sich auf die Notwendigkeit beschränkt. Sollte ihr aber irgendwelche Bedeutung zukommen, dann müsse man die volksparteilichen Anträge annehmen.

Abg. Bod (Komm.) begründet folgenden Antrag: Dem § 1 ist nach Absatz 1 als neuer Absatz einzufügen: „Die Religionsgemeinschaften sind vom Staate völlig getrennt und erhalten keine finanziellen Zuwendungen von Seiten des Staates.“

Räumungs-Geschäftsverlegung Verkauf wegen Gelegenheitskäufe in 879 gutem Wandschmuck für jedes Heim E. Büchle Inhaber: W. Bertsch KUNST-HANDLUNG Kaiserstraße 128 zu billigsten Preisen u. erleichterten Zahlungsbed.

Die sozialdem. Fraktion hat folgenden Antrag eingebracht: Die Regierung wird ersucht:

1. bei der Reichsregierung und im Reichsrat dafür einzutreten daß die gemäß Art. 138 Abs. 1 für die Abführung der Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften maßgebenden Grundstücke als bald vom Reich aufgestellt werden, und danach als bald dem Landtag Gesetzentwürfe vorzulegen, durch welche die auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechten beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften abgelöst werden;
 2. alle nicht auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechten beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften vom nächsten Voranschlag an allmählich abzubauen mit dem Ziel völliger Beiseitigung;
 3. nach Annahme des Kirchenvermögensgesetzes durch den Landtag in dem Voranschlag des Ministeriums des Kultus und Unterrichts unter Titel II A in § 2 für den Rath, Oberkirchenrat vorgezeichneten Staatsbeiträge in Höhe von 148 500 RM, und in § 11 für den Evangel. Oberkirchenrat vorgezeichneten Staatsbeiträge in Höhe von 143 140 RM, sowie sonstige Staatsbeiträge für die Vermögensverwaltung anderer Religionsgesellschaften im nächsten Voranschlag nicht mehr anzufordern.
- Um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, zu den vorliegenden Anträgen Stellung zu nehmen, und da um 12 Uhr auch eine Sitzung des Haushaltsausschusses stattfinden soll, wird die Sitzung um 1/2 12 Uhr abgebrochen. Weiterberatung nachm. 1/2 12 Uhr.

Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung

Vis jetzt können auf Grund bezirksärztlicher Zeugnisse nur einzelne kränklige oder schwächliche Kinder in die Montessorischiule in Freiburg aufgenommen werden. Der badische Verband für Frauenbestrebungen wünscht die staatliche Anerkennung der Montessorischiule in Freiburg als private Grundschule. Die Schule betritt ganz neue Wege. Die Umwelt soll dem kindlichen Fühlen und Denken angepaßt werden. Der Lehrer soll mehr Beobachter sein. Die Arbeit des Kindes soll freies Schaffen sein nach dem individuellen Bedürfnis. Wenn auch die badische Schulverwaltung der Montessorimethode an sich wohlwollend gegenübersteht und auch in einer staatlichen Grundschule ein Versuch gemacht werden soll, so nimmt das Unterrichtsministerium gegen das vorliegende Gesuch eine ablehnende Haltung an, da ein besonderes pädagogisches Interesse nicht anerkannt werden könne. Auch in der Aussprache kommt eine ablehnende Haltung zum Ausdruck, insbesondere auch, weil man der Ansicht ist, daß die Schule mehr für die Kinder sogenannter besserer und beständiger Schichten zugehört sei. Die Sozialdemokratie ist aus grundsätzlichen Erwägungen gegen die privaten Grundschulen. Das Gesuch wird schließlich zur Kenntnis überwiesen.

Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten will ein schärferes Vorgehen der Verwaltungsbehörden gegen bestimmte Quellen der Geschlechtskrankheiten (unzuverlässige Schankstätten usw.) herbeigeführt wissen. Von Regierungsseite wird betont, daß jetzt schon alles in Waden geschehe, um hier Ordnung zu halten. Der Antrag soll der Regierung zur Kenntnis überreicht werden.

Der Ausschuss nahm heute wiederum Stellung zu dem Gemeindefahrgeldverfahren. Die allgemeine Meinung geht dahin, amtliche Stimmzettel für alle Wahlen vorzuschreiben. Die Regierung hat in Übereinstimmung mit den badischen Städteverbänden große Bedenken gegen einen gemeinsamen Stimmzettel aus technischen Gründen. Es wurde schließlich ein Antrag angenommen, wonach die Regierung den Entwurf einer Neuordnung dem Landtage vorlegen soll, wodurch die bisherigen Mißstände künftig ausgeschlossen sind und das Verfahren vereinfacht wird.

Der Rechtsausschuss legte am Dienstag nachmittag die Beratung der Vorlage betr. Erziehung einer Dentistenkammer fort. Der Berichterstatter Dr. Wolfhard hält den Zeitpunkt für die Errichtung einer Dentistenkammer als schlecht gewählt. Man solle zuerst einmal abwarten, was von Reichswegen unternommen wird. In der Aussprache standen sich die Meinungen für und wider nach der persönlichen Auffassung gegenüber. Ein sozialdemokratischer Redner betonte, daß er den Dentistenstand erhalten sehen wolle, doch sei er gegen die Kammer, weil nach der Gewerbeordnung grundsätzlich Kurierfreiheit bestehe. Der heutige Rechtszustand müsse erhalten bleiben. Die Fraktion sei jedoch gegenüber dem Gesetz geteilter Meinung. Ein liberaler Redner hält die Vorlage nicht für genügend begründet. — Ein Zentrumsgedachter hebt hervor, daß die Interessen der sozial schwächeren Bevölkerung auf keinen Fall benachteiligt werden dürfen. Der Dentistenstand müsse erhalten bleiben. Die Errichtung einer Dentistenkammer in Baden sei zweckmäßig. Der Minister des Innern ist der Ansicht, daß das Allgemeinwohl erfordere, daß bald etwas geschehe. Die Gegner der Vorlage beantragen, daß die Vorlage zurückgestellt werde. Dieser Antrag wurde abgelehnt und in der Schlussabstimmung die Vorlage mit 12 gegen 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Eingänge

Das badische Staatsministerium hat dem Landtag einen Gesuchentwurf über eine Bürgerschaft des Landes für Darlehen an die Zentrale der Landw. Lagerhäuser A.G. in Tauberbischofsheim vorgelegt, wonach der Minister des Innern ermächtigt werden soll, die für die Zentrale der Landw. Lagerhäuser in Tauberbischofsheim übernommenen, mit Ende des Monats März 1927 erlöschende selbstschuldnerische Bürgerschaft des Landes in Höhe von 850 000 RM. zu erneuern und bis zum Schluß des Jahres 1927 bestehen zu lassen.

Evangelisch-kirchliche Statistik

Im Gesetzes- und Verordnungsblatt Nr. 3 der evang. Landeskirche sind die kirchlich-statistischen Nachweisungen für das Kalenderjahr 1925 veröffentlicht. Demnach zählte die Landeskirche 895 609 Seelen. Es wurden 4700 rein evangelische Brautpaare getraut, dazu 1280 konfessionell gemischte Paare; 2 Paaren wurde die kirchliche Trauung verweigert. Gestauft wurden 17 229 Kinder; davon entfielen 12 612 rein evangelischen Eltern, 2593 Mischehen, 2024 Täuflinge waren von unverheirateten evang. Müttern geboren. Konfirmiert wurden 18 852 Kinder, davon 2477 aus Mischehen; 15 Konfirmationen wurden unterlassen und 8 verjagt. Kirchliche Bestattungen wurden 10 640 vorgenommen, davon 575 Feuerbestattungen. In einem Sonntag wurden in den Hauptgottesdiensten 145 155 Kirchgänger gezählt, in sämtlichen Gottesdiensten des Sonntagstages zusammen 211 521; der Landesdurchschnitt stellt sich auf 16,2 Prozent; der Kirchenbezirk Wörzburg weist den höchsten Stand mit 44,8 Prozent, der Kirchenbezirk Mannheim den niedrigsten mit 5,8 Prozent auf. Abendmahlsgäste waren es 379 022, davon 147 507 männliche und 224 515 weibliche; der Landesdurchschnitt beträgt 41,5 Prozent, im Wörzburger Kirchenbezirk war der Prozentsatz 82,4, im Bezirk Forstheim-Stadt 19,9. Es wurden 190 Kinder- und Jugendgottesdienste durch Geistliche gehalten, 203 Sonntagschulen durch Laien. Das Kirchenopfer betrug 447 564 M., auf den Kopf 50 Pf.; die Kollektionen 253 896 M., das ist 28,3 Pf. auf den Kopf, die Sammlungen und Liebesgaben 957 219 M., das ist 106,9 Pf. auf den Kopf.

Ausbau der Murgtalbahn

Dieser Tage wurde das letzte Los V. auf württembergischem Gebiet bis zur Landesgrenze vergeben. Die eingereichten 16 Angebote bewegten sich zwischen 55 000 und 138 000 RM. Ein weiteres Los VII, das letzte badische bis zur Landesgrenze, ist zur Zeit zur Abgabe von Angeboten ausgeschrieben. In der Nacht zum 26. März erfolgte der Durchstoß des 200 Meter langen Mäberbuckeltunnels. Die von beiden Seiten vorgehenden Schichtstollen trafen sich genau in der Mitte. Der nun weiter notwendige Vollausschub wird durch Stützstollen ebenfalls von beiden Seiten her durchgeführt, die Ausmauerung erfolgt von den beiden Portalen ausgehend. Die Murgverlegung bei Schönmünzach ist demnächst fertiggestellt. Der Bahnhof Schönmünzach wird zur Zeit aufgeführt; es mußte hier eine umfangreiche Entwässerung des Murggeländes vorsehen.

Verkehrskonferenz in Triberg

Dienstag nachmittag kamen in Triberg etwa 30 Vertreter von Behörden, Städten und wirtschaftlichen Körperschaften aus dem Gebiete der Schwarzwaldbahn zusammen, um über die Sachlage zu beraten, die sich für die Schwarzwaldbahn und auch für die badischen Hauptbahnen durch die Bewilligung des Ausbaues der württembergischen Neckarlinie ergibt. Es wurde in der Versammlung, die 3 Stunden dauerte, betont, daß es sich nicht darum handle, den Württembergern ihren Erfolg streitig zu machen, sondern darum, die vorhandenen vollwertigen badischen Bahnen auszunutzen und weiter, alte oft geäußerte, aber bisher abgelehnte Wünsche erneut zur Sprache zu bringen. Es wurde insbesondere hervorgehoben, daß es sich nicht allein um eine Angelegenheit der Schwarzwaldbahn handle, sondern um eine Sache der gesamten Reichsbahnlinien, welche der Stützung gegenüber der Konkurrenz der französischen Eisenbahnen bedürfen, und die damit eine Angelegenheit des Reiches darstellen. In Verbindung damit wurde auch die Frage der Elektrifizierung als des wichtigsten Mittels zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der badischen Linien besprochen. Es wurde ein engerer Ausschuss gebildet, dem angehören: Bürgermeister Reil von Triberg, Vorsitzender, Dr. Jordan von der Handelskammer Billingen, Bürgermeister Pfister von Donaueschingen, Bürgermeister Selz von Haslach, Hotelier Grieshaber von Furtwangen, sowie ein noch nicht bestimmter Vertreter von Konstanz.

In der einstimmig angenommenen Entschließung kommt zum Ausdruck, daß vom Standpunkt der Gesamtwirtschaft aus die Neubehaffung oder Hebung vorhandener Verkehrswege zu beschließen sei, daß aber von dem von der Schwarzwaldbahn durchzogenen Gebiet zu erwarten sei, daß auch bereits vorhandene vollwertige Verkehrswege ausgenutzt und nicht allmählich zu Nebenbahnen herabgedrückt werden. Im engeren Zusammenhang damit stehe die Einrichtung des elektrischen Betriebes auch auf der Schwarzwaldbahn, als einer tunnelreichen Gebirgsbahn.

Badische Lohnbewegungen

D. Donauessingen, 29. März. Die heute in Donauessingen stattgefundenen Lohnverhandlungen in der Zigarrenindustrie des Schwarzwaldes haben zu folgender Vereinbarung geführt: Mit Wirkung vom 4. April werden die Stundenlöhne in der Spitze um 5 Pf. erhöht, die Akkordlöhne um 4 Prozent. Ab 1. Oktober 1927 tritt eine weitere Erhöhung der Stundenlöhne in der Spitze um 2 Pf. und der Akkordlöhne um 2 Prozent ein. Das Abkommen ist unfundbar bis 31. März 1928.

W. Mannheim, 30. März. (Tel.) Entgegen unläufigen Meldungen, wonach eine Ausperrung in der Zigarrenindustrie beschlossen sei, erfahren wir, daß über die Lohnstreitigkeiten in der Zigarrenindustrie am 24. und 25. März in Berlin im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen stattgefunden haben, in denen der Tarifvertrag um ein Jahr verlängert und eine 10prozentige Lohnerhöhung festgelegt wurde. Die Erklärungsfrist läuft erst am 4. April ab. Von Arbeitnehmern ist der Schiedsspruch bereits angenommen worden. Die Fabrikanten tagen heute in Mannheim, um sich über die Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches schlüssig zu werden.

D. Forstheim, 30. März. Nach einem unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Schmid gefällten Schiedsspruch soll der Urlaub für die gewerblichen Arbeitnehmer in der Schmiedwarenindustrie in diesem Jahre der gleiche sein wie im Vorjahre. Die beiderseitigen Verbände haben sich im Laufe dieser Woche über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches zu entscheiden.

Verbandsausschuss des Bad. Molkereiverbandes

Der Verbandsausschuss des Badischen Molkereiverbandes befahte sich in einer Sitzung u. a. auch mit der Frage der Qualitätsbeurteilung der Milch. Er empfiehlt seinen Mitgliedern, soweit dies noch nicht der Fall ist, die Verzählung der Milch nach Fettgehalt durchzuführen. Der Verbandsausschuss stellte ferner die Forderung auf, daß der Vollschutz auf frische Milch ausgedehnt sei. Er wünscht auch eine einheitliche Feststellung der Bestimmungen über Kurz- und Kindermilch dem heutigen Stande der Forschung entsprechend, und verlangt schließlich, daß der Verkauf der von den Mitgliedern einer Genossenschaft erzeugten Milch durch eine Genossenschaft keiner Konzeption bedarf, d. h. nicht als Handel gilt, und daß zur Erteilung der Erlaubnis zum Milchhandel eine Kommission bestimmt wird, die sich aus Landwirtschaft, Handel und Verbraucher paritätisch zusammensetzt.

Berein „Schwarzwälder Gasthofbesitzer“

Der „Berein Schwarzwälder Gasthofbesitzer“ hielt am Dienstag im Kurhaus in Baden-Baden eine außerordentliche Mitgliederversammlung zum Zwecke einer internen Aussprache ab. Auf der stark besuchten Tagung wurde die Herausgabe eines gemeinsamen Fremdenblattes für das gesamte Gebiet des Schwarzwaldes (badischen wie württembergischen Teil) unter dem Titel „Schwarzwald Express“ beschlossen. An Propagandaveröffentlichungen gibt der Verein eine neue „Schwarzwald-Vogelschaukarte“ heraus. Ähnlich wie in früheren Jahren wird der Verein in den größten deutschen Zeitungen, sowie in denen des benachbarten Auslandes, Sammelanzeigen erscheinen lassen. Besonders begrüßt wurde auf der Versammlung die in jüngster Zeit erfolgte tatkräftige und harmonische Zusammenarbeit des Vereins mit dem „Badischen Verkehrsverband“.

Verschiedenes

Beitretende eines deutschen Fliegers.

Der Rekordflieger der Junterswerke, Looje, der am Dienstag früh gegen 5 Uhr auf der Elbe bei Dessau mit einem Juntersflugzeug mit 500 Kilogramm Belastung aufstieg, hat den Dauerrekord für Wasserflugzeuge, der bisher von den Vereinigten Staaten mit 7 Stunden und 35 Minuten gehalten worden war, mit 9 Stunden überboten und eine halbe Stunde vorher den Streckenweltrekord von über 1000 Kilometer, den bisher Italien innehatte, gebrochen.

Gemeinde-Rundschau

Bahnverbindung Lobnau-Freiburg. Über die Frage einer Bahnverbindung Lobnau-Freiburg fand in Lobnau eine Versammlung statt, in der die bis jetzt aufgetauchten Projekte unter Vorsitz des Syndikus der Handelskammer Schopfheim, Dr. Mayer, behandelt wurden. Das Projekt einer Bergbahn in Gestalt einer Seilbahn Freiburg-Schauinsland wurde allgemein abgelehnt und beschlossen, Einspruch dagegen zu erheben und Gegenprojekte vorzulegen. Zur Debatte könnten dann die beiden anderen Möglichkeiten einer Adhäsionsbahn Freiburg-Lobnau, die auch dem Frachtverkehr dienlich gemacht werden könnte, oder einer Rollbahn mit Bergdurchstich bei Fahl, kommen. In der sehr anregenden und interessanten Aussprache wurde das Für und Wider der einzelnen Projekte eingehend erörtert und einstimmig beschlossen: 1. Eine enge Interessengemeinschaft des hinteren Wiesentales, vornehmlich der Städte Lobnau und Schönau, zu bilden, 2. gegen die in Aussicht stehende Erteilung der Konzession einer Seilbahn auf den Schauinsland bei der badischen Regierung umgehend Protest einzulegen und dieser geeignete Projekte, deren Prüfung und Ausarbeitung einer Kommission unter Zuziehung sachverständiger Kräfte übertragen werden soll, vorzulegen. Es soll damit der Gefahr vorgebeugt werden, daß etwas Unzulässiges jetzt geschaffen wird, und dadurch ein durchgehender Bahnverkehr Freiburg-Lobnau, der dem hinteren Wiesental aus wirtschaftlicher Notlage helfen kann, auf viele Jahre verhindert würde. In dieser Auffassung war sich die Versammlung durchaus einig. Hierauf wurde ein geschäftsführender Ausschuss gebildet, der seine Arbeit sofort aufnehmen und sich mit den maßgebenden Regierungskreisen, dem Landtagsabgeordneten der Stadt Freiburg und der dortigen Studien-Bahngesellschaft und anderen maßgebenden Stellen in Verbindung setzt und auch die Öffentlichkeit auf dem laufenden halten wird.

Baudarlehen in Offenburg. Die Gemeinnützige Mieter- und Handwerksbauernoffenburger beabsichtigt im laufenden Jahr 24 neue Dreizimmerwohnungen mit Mansarden zu erstellen. Die Stadt wird dazu ein Baudarlehen von 150 000 M. zur Verfügung stellen und erhält dafür das Besetzungsrecht von zehn Wohnungen eingeräumt. Die Wohnungen sind für kinderreiche Familien bestimmt, der Mietzins soll 50 M. monatlich nicht übersteigen. Reparaturdarlehen sollen im laufenden Baujahr nur an solche Hausbesitzer gegeben werden, die kein geregelttes Einkommen beziehen, also Klein- und Sozialrentner. Für diese Zwecke sind 6000 M. vorgesehen. Baupläne für zehn Einfamilienhäuser erhält im Erbbaurecht für 70 Jahre der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Ortsgruppe Offenburg.

Der Bürgerausschuss Vörrach stimmte der Verpachtung des städtischen Milchamtes gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten zu. Die Einführung der Wertzuwachssteuer nach dem staatlichen Muster fand einstimmige Annahme.

Die Wasserversorgung von St. Georgen i. Schw. Der Bürgerausschuss St. Georgen hatte über das Projekt der Wasserlieferung zu beschließen. Nach längerer Aussprache wurde der Antrag des Gemeinderates einstimmig angenommen, den eine Pumpwerk mit automatischer Wasserdruckhaltung und Anlage eines neuen Hochbehälters auf der Hochwälderbühne vorseht. Die Durchführung des Projektes erfordert, wie bereits früher berichtet, einen Kostenaufwand von rund 250 000 M. Die Arbeiten sollen sofort in Angriff genommen werden. Sie dürften sich auf circa ein halbes Jahr hinaus erstrecken und werden einem großen Teil der 280 Erwerbslosen von St. Georgen Verdienstmöglichkeit schaffen.

Der Bürgerausschuss Billingen beriet über die Stadtratsvorlage, betreffend Umbau des Rathauses, speziell des alten katholischen Pfarrhauses. An die einleitende Aufklärung durch Oberbürgermeister Lehmann schloß sich das Referat des Sachverständigen, Ministerialrat Prof. Dr. Girsch, Karlsruhe, an. Nach langer Beratung kam man dahin überein, die Vorlage so, wie sie eingebracht wurde, abzulehnen zu müssen, die Sitzung zu verlagern und am kommenden Mittwoch wieder zusammenzutreten.

Aus der Landeshauptstadt

Eisenbahnfahrkarten mit Preisaufdruck. Nachdem nun seit längerer Zeit in den Personentaxen eine Steigerung zu verzeichnen ist, geht die Reichsbahn jetzt dazu über, beim Neudruck von Fahrkarten diese außer mit der Kilometerentgelt auch wieder mit den Fahrpreisen zu versehen. Seit der Inflationszeit war der Preisaufdruck in Wegfall gekommen.

Das Reichskursbuch im neuen Kleid. Zum 15. Mai wird das neue Reichskursbuch in völlig neuer Gestalt erscheinen. Die Reichspost (sie und nicht die Eisenbahn gibt die Reichskursbücher heraus) hat der 24. Stundzeit Rechnung getragen und eine grundlegende Umstellung vorgenommen. Die neue Schreibung erfordert etwa 10 Prozent mehr an Platz, so daß das Kursbuch um ein Zehntel dicker geworden ist.

Tätigkeit der Handelskammern bei Eintragung von Firmen ins Handelsregister. Die Handelskammer Karlsruhe weist darauf hin, daß es empfehlenswert sei, daß sich die Firmen vor Anweisung der Eintragung ins Handelsregister an das zuständige Amtsgericht — Handelsregisterabteilung — oder an die Handelskammer wenden und sich darüber vergewissern, ob der Firmenbezeichnung auch keine Bedenken entgegenstehen. Dadurch werden oft nicht unerhebliche Kosten vermieden.

Artillerietag in Karlsruhe. Vom 18.—20. Juni d. J. hält der Artilleriebund St. Barbara sein 35. Stiftungsfest, verbunden mit zweiter Fahnenweihe und einem Wiedersehenstag der Artilleristen der ehemaligen Garnison Karlsruhe, ab.

Wiederholung der IX. Sinfonie von Beethoven. Bei der Aufführung der „IX. Sinfonie“ von Beethoven am Sonntag, den 27. März, mußten viele Hunderte wegen Mangel an Platz auf den Besuch dieser Aufführung leider verzichten. Es wird deshalb heute noch einmal bekanntgegeben, daß eine Aufführung des fraglichen Werkes im Programm der „Volks-Sinfonie-Konzerte“, und zwar als Abschluß, bereits in Aussicht genommen ist. Die Aufführung findet in der Festhalle am 25. April statt.

„Der heilige Berg“. Die Residenzlichtspiele bringen einen neuen alpinen Film vom gleichen Verfasser wie „Der Berg des Schicksals“. Herrliche Naturaufnahmen begleiten aber nun eine spannende Handlung, das Schicksal zweier Menschenkinder, die untergehen. Leni Riefenstahl, die bekannte Tänzerin tritt in der Hauptrolle auf. Andere Akteure sind nicht berufsmäßige Filmschauspieler, sondern berühmte Sportler. Der Film wirkt außerordentlich eindrucksvoll, er ist ein wahres Kunstwerk voll Kraft und Schönheit.

RESIDENZ-LICHTSPIELE
Waldstraße Telefon 511
Der heilige Berg

Kurze Nachrichten aus Baden

D. Mannheim, 29. März. Der Begründer der Rhénania-Expeditionsgesellschaft m. b. H., Leon Weiß, begeht heute seinen 80. Geburtstag. Leon Weiß, ein geborener Pfälzer, gründete nach mehrjährigem Aufenthalt in Amerika in Mannheim ein Getreidegeschäft, das er anfangs der 80er Jahre auch auf die Expedition ausdehnte. Anfangs der 90er Jahre errichtete er einen der ersten Getreideelevatoren in Mannheim. Im Jahre 1908 ging das Geschäft auf die im gleichen Jahre gegründete „Rhénania“, Expeditionsgesellschaft m. b. H., durch Kauf über, in deren ersten Aufsichtsrat Leon Weiß eintrat, und dem er noch heute angehört.

D. Heidelberg, 29. März. Die neue Karlsruher Brücke über den Neckar wird am 9. April, vormittags halb 12 Uhr, in feierlicher Weise dem Verkehr übergeben.

D. Gerichtstetten (Mosbach), 29. März. Die hiesige Gemeinde hat das fürstl. Hohenzollerischen Hofgut Reibelsbach um den Preis von 270 000 M. gekauft. Die Grundstücke sollen an hiesige Landwirte abgegeben werden, doch kann die Übernahme erst nach Ablauf der Pachtzeit durch die Stadt Heidelberg erfolgen.

D. Rheinhausen (Philippburg), 29. März. Das hiesige Bruch, eine Gesamtfläche von etwa 250 Hektar, soll in den nächsten zehn Jahren kultiviert werden. Schon jetzt hat man etwa 52 Hektar in Angriff genommen. Zwei von der Landwirtschaftskammer gemietete Motorspähler mit Sämaschine sind in Tätigkeit, um die Frühjahrssaat zu bestellen. Die Gemeinde hat zur Bestreitung der Betriebskosten ein Darlehen von 10 000 M. aufgenommen. Ob später das große Gelände genossenschaftlich oder durch Überlassung an die einzelnen Bürger verwaltet wird, ist noch nicht entschieden.

D. Ettenheim, 27. März. Der f. Zeit. begonnene Ausbau der Bahnlinie Dörschweier-Ettenheimmünster in eine Normalspurbahn konnte damals nur bis Münchweiler, und zwar aus wirtschaftlichen Gründen ausgeführt werden. In diesen Tagen ist mit der Fortführung der Arbeiten auf der Strecke Münchweiler-Ettenheimmünster begonnen worden.

D. Denslingen, 29. März. Der neue Eichberg- und Motortalstufenschiff, über den kürzlich berichtet wurde, ist nunmehr vom Clotterbad bis ins Untertal fertiggestellt. Er wird den Namen „Wingerpfad“ führen.

D. Bernau, 29. März. Unter dem Vorsitz von Landesökonomierat Ruff von Schopheim fand hier eine Versammlung statt, in der ein bäuerlicher Berufsring Bernau gegründet wurde. 35 Mitglieder traten dem Berufsring bei. Als Vorstand wurde Landwirt August Schelhorn gewählt. Für Weidewerksverbesserung erhält die Gesamtgemeinde einen Staatszuschuß von 210 000 M., wovon ein Drittel im ersten Jahre zur Verwendung kommt. In diesem Frühjahr soll auch eine Viehprämiierung der Hinterwälder Stammzuchtgenossenschaft in Bernau eingeführt werden.

D. Engen, 29. März. Wie verlautet, soll hier in nächster Zeit mit dem Bau eines neuen Reichspostgebäudes begonnen werden. Das Gebäude, das gegenüber dem Bahnhof zu stehen kommt, soll auf den ersten April 1928 bezugsbar sein.

D. Luzzingen, 29. März. Gestern fand hier unter dem Vorsitz von Landrat Wintermantel von Börsach eine Versammlung von Vertretern der drei Gemeinden Luzzingen, Börsach und Haagen, sowie der Sektion des Schwarzwaldvereins Börsach und Wasel und des Nittelbundes statt, die sich mit der Frage der Erstellung eines festen Steges über die Wiese zwischen Luzzingen und Haagen beschäftigte. Das Projekt ist bereits Jahrzehnte alt, konnte jedoch aus finanziellen Rücksichten bisher nicht durchgeführt werden. Durch die Errichtung des Steges wird ein staubfreier Fußweg von Börsach bis zum Nittelner Schloß geschaffen. Von den Kosten übernimmt die Stadt Börsach drei Sechstel, Haagen zwei Sechstel, während das letzte Sechstel vom Schwarzwaldverein und Nittelbund gemeinsam aufgebracht wird. Die Gemeinde Luzzingen übernimmt die Unterhaltungspflicht und die Instandsetzung der Zufahrtswege.

*** Waldshut, 30. März.** Auch hier fand eine eindrucksvolle Beethovenfeier statt. Vor zweimal ausverkauftem Hause wurde unter dem städtischen Kapellmeister Bartelmes die siebente Sinfonie aufgeführt. Außerdem waren die Altistin G. Bloch (Wasel) mit Liedern, sowie Musiklehrer Mung als Solist in der Chorfaszette beteiligt.

**Handel und Wirtschaft
Berliner Devisennotierungen**

	30. März		29. März	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam 100 G.	168.52	168.94	168.50	168.92
Kopenhagen 100 Kr.	112.38	112.66	112.35	112.63
Italien . . . 100 L.	19.325	19.365	19.37	19.41
London . . . 1 Pf.	20.457	20.509	20.453	20.505
New York . . . 1 D.	4.2115	4.2215	4.2120	4.2220
Paris . . . 100 Fr.	16.50	16.54	16.495	16.535
Schwiz . . . 100 Fr.	81.04	81.24	81.03	81.23
Wien . . . Schilling	59.25	59.39	59.24	59.38
Prag 100 Kr. 100	12.468	12.508	12.467	12.507

Die Rheinische Kreditbank Mannheim führt in ihrem Geschäftsbericht für 1926 u. a. aus: Das Institut kann auf das verfloßene Jahr mit Befriedigung zurückblicken; es war in der Lage, allen wirtschaftlich berechtigten Kreditanforderungen zu genügen. Die Erleichterung auf dem Kapitalmarkt gestattete einen weiteren Abbau der Kreditgebühren um 4,5%, während die Reichsbank eine stufenweise Ermäßigung ihres Diskontsatzes von 8% am 12. Januar 1926 auf 5% seit 11. Januar 1927 eintreten ließ. Besonders hervorzuheben ist die Belebung des Effektengeschäftes auf 162%. Der Absatz an inländischen Hypothekendarlehen, der Hauptgeldquelle für den Wohnungsbau, steigerte sich erheblich; auch an der Unterbringung von deutschen Staats- und Städte-Anleihen war die Bank teils führend, teils mit Freunden in größerem Umfange beteiligt. Die mit staatlicher Unterstützung ins Leben gerufene Pfälzische Wirtschaftsbank, Ludwigshafen a. Rh., an der sich die Bank mit einem angemessenen Beitrag beteiligt hat, erwies sich als sehr nutzbringend für die Wiederbelebung des Wirtschaftslebens der Pfalz. Ein Vergleich unserer Bilanzfiguren mit denjenigen des Vor-

jahres läßt eine weitere Geschäftsbeförderung erkennen; besonders erfreulich ist die Zunahme der fremden Gelder um rund fünf Millionen Reichsmark. Der Bruttogewinn beträgt rund 13,2 Millionen gegen 12,8 Millionen im Vorjahre. Das Mehrergebnis ist in der Hauptsache auf die lebhaften Umsätze im Effekten- und Emissionengeschäft zurückzuführen. Die Handlungsunkosten betragen noch immer 75% vom Bruttogewinn. Die Steuern sind um rund 100 000.— höher als 1925 und stellen sich auf 7,3% des Bruttogewinnes. Der Reingewinn einschließlich des Vortrages aus dem Vorjahre von 12 613,91 beträgt 2 511 182,63. Hieron sind fahrgungsgemäß 4% auf das Aktienkapital von 12 400 000.— abzuführen mit 12 960 000.— verbleiben 1 551 182,63, über deren Verwendung der Aufsichtsrat vorschlägt 12 350 000.— für Abschreibungen und Reserven zu verwenden und von den verbleibenden 1 201 182,63 die fahrgungsmäßigen Gewinnanteile für den Aufsichtsrat und die ständige Kommission in Abzug zu bringen mit 120 000.—, als Superdividende 4% mit 12 960 000.— zu berechnen und den Rest von 1 081 182,63 auf neue Rechnung vorzutragen.

Gesellschaft für Spinnerei und Weberei, Ettlingen. In dem Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 1926 heißt es u. a.: Die für die gesamte Textilindustrie war das Jahr 1926 auch für uns ungünstig. Nach dem gegen Ende des Jahres 1925 erfolgten Zusammenbruch einer sehr günstigen Konjunktur fielen der Absatz mit geringen Schwankungen während des ganzen Jahres 1926 in empfindlicher Weise, so daß die Produktion bedeutend eingeschränkt werden mußte. Der Absatz hat sich mit Beginn des laufenden Jahres wesentlich gehoben, so daß der Betrieb seit Dezember 1926 voll arbeitet und die Hoffnung besteht, daß das Jahr 1927 sich weiterhin günstig entwickelt. (Generalversammlung: 28. April.)

Staatsanzeiger

Dem deutschen Luftfahrtverband e. V. in Berlin wurde die Erlaubnis zum Luftverkehr in Baden erteilt.
Karlsruhe, den 26. März 1927.
Der Minister des Innern
Kemmeler

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zurufbeförderungen usw. der planmäßigen Beamten
Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
Ernannt:
Verwaltungsobersekretär Hans Bodmer bei der Landesversicherungsanstalt Baden in Karlsruhe zum Verwaltungsinspektor, Kriminalassistent Karl Lampe in Heidelberg zum Kriminalsekretär.
Zurufbefördert:
Pflegerin Marie Wagner bei der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch.

COLOSSEUM
Nur noch bis 1. April täglich
Celly de Rheidt
mit ihrem Sport- und Kultur-Ballett 180

Rheinische Hypothekbank Mannheim.
Die am 31. d. Mts. ablaufende Frist für die Vorlage unserer Pfandbriefe alter Währung (Artikel 87 der Durchführungsverordnung zum Aufwertungsgesetz) verlängern wir bis einschließlich 31. Mai d. J.
Mannheim, im März 1927. G. 252
Rheinische Hypothekbank.

Stellenbesetzung.
Bei der Stadtverwaltung Freiburg im Breisgau (Zentralverwaltung - Rechtsabteilung) ist die vorerst nichtplanmäßige Stelle eines
juristischen Hilfsarbeiters
in Gruppe X der Besoldungsordnung zu besetzen. Spätere planmäßige Anstellung mit Möglichkeit des Aufstiegens nach Gruppe XI ist bei Bewährung vorgesehen. Die Stelle bietet günstige Gelegenheit zur Ausbildung im kommunalen Verwaltungsdienst. Nur jüngere und durchaus tüchtige, zum Richteramt oder höheren Verwaltungsdienst befähigte Bewerber wollen ihre Gesuche mit Lebenslauf und Zeugnissen bis zum **10. April d. J.** einreichen.
Freiburg im Breisgau, den 26. März 1927.
Der Oberbürgermeister.

Die neue badische Verfassung
(Wortlaut des Gesetzes)
Befehlet M. 0.30 In Umschlag M. 0.40
Jeder badische Staatsbürger muß diese Ausgabe besitzen
Bezug durch alle Buchhandlungen und den
Verlag G. Braun Karlsruhe (Baden)

SINGER Nähmaschinen
in altbewährter Güte
Weitestgehende Zahlungserleichterungen
Mäßige Monatsraten
SINGER NÄHMASCHINEN AKTIENGESELLSCHAFT
Kaiserstraße 205 KARLSRUHE Werderplatz 42
Telephon 1379 Telephon 3021

Am 20. und 21. April
Ziehung der I. Klasse der
Preuß.-Süddeutschen Klassenlotterie
280 000 Gewinne mit über Mark
53 000 000
Höchst-Gewinne 2 000 000
1 000 000
Prämie 500 000
1 Hauptgewinn 500 000
1 Hauptgewinn 300 000 G. 251
und viele Gewinne von 200 000, 100 000, 75 000, 50 000, 25 000, 10 000, 5 000, 3 000 usw.
Lospreis: 1/8 1/4 1/2 1 1 Doppellos
3.- 6.- 12.- 24.- 48.- pro Kl.
ZWERG
bad. Lotterie-Einnahmer
Hebelstraße 11 und Waldstraße 38
KARLSRUHE i. B.
Telefon 4828. Postscheckkonto 17808

Verf. Bekanntmachungen
Die äußeren Reparaturarbeiten am Güter-Zolldienstgebäude und den Hallen, sowie die Grab-, Maurer-, Schlosser- und Anstreicherarbeiten für 216 m Einfriedigung mit 11 Toren im neuen Ortsgüterbahnhof Singen (S.) nach den vorläufigen Bedingungen vorgeschrieben vom 1. Juni 1924 öffentlich zu vergeben. Pläne und Bedingungen liegen bei uns und auf dem Baubüro im neuen Ortsgüterbahnhof Singen zur Einsicht auf. Dasselbst Abgabe der Angebotsvordrucke gegen Vergütung. Angebote sind verschlossen, portofrei, mit entsprechender Aufschrift versehen bis zum Öffnungstermin **12. April 1927, nachmittags 1/4 Uhr**, an die unterzeichnete Stelle einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. **Bahninspektion Konstanz, S. 191**

Verf. Bekanntmachungen
Umbauarbeiten der Gutachbrücke beim Glasträger km 47,365 der Schwarzwaldbahn. Erdarbeit 250 cbm, Abbrucharbeit 400 cbm, Stampfbeton 350 cbm werden öffentlich vergeben. Angebotsvordrucke sind hier erhältlich und mit Aufschrift — Umbau der Glasträgerbrücke — bis längstens **7. April 1927, vormittags 11 Uhr**, hierher einzureichen. **Billingen, 25. März 1927. Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft, Vorstand der Bahninspektion, S. 192**

Bühn. S. 190
Franz Josef Hammer, Betriebsleiter im Kurhaus Gundach, und Elisabeth geb. Heitmann, Vertrag vom 12. März 1927, Gütertrennung gemäß § 1426 BGB. **Bühl, 24. März 1927. Bad. Amtsgericht.**

S. 183. Offenburg. Vereinsregisteramt Band I C.-B. 73: Gemeindehaus Offenburg. **Offenburg, 24. 3. 1927. Bad. Amtsgericht.**

Ludwig Schweisgut
Karlsruhe i. B.
Erbsprinzenstraße 4 beim Rondellplatz
Flügel Pianinos 759 Harmoniums
Nur beste Fabrikate
Sehr mäßige Preise
Umtausch alter Klaviere



Badisches Landestheater
Donnerstag, 31. März 1927
* E 21
(nicht Donnerstagnote)
Z. Gem. 1101-1200
Atiadne auf Naxos
von Richard Strauß
Musikal. Leitung: Josef Krups
In Szenegeseht. O. Krauß
Personen des Vorspiels:
Hausofmeister Lander
Musiklehrer Wehrauch
Komponist Blättermann
Tenor (Wachus) Rentwig
Offizier Rentwig
Tanzmeister Siegfried
Perückenmacher Gröhinger
Lakai von Ernst
Prinzeßin Ariadne
Fang Löser
Scaramuccio Rivinius
Truffaldin Vogel
Brighella Rainbach
Personen der Oper:
Fang Rentwig
Wachus Blant
Naxade Strauß
Echo Seiberlich
Zerbinetta von Ernst
Garcelin Löser
Scaramuccio Siegfried
Truffaldin Rivinius
Brighella Rainbach
Anfang 8 Ende 10
I. Sperrst. 7 M.
Fr. 1. April Länge
Sa. 2. April Thomas Paine